

Beschwerden, Proteste, Revolten – Spuren kollektiver Interessenartikulation von Psychiatriebetroffenen in Westdeutschland, 1950–1970

Burkhard Brückner

Einleitung

Das Verhältnis zwischen Medizingeschichte und Disability History wird seit geraumer Zeit diskutiert.¹ Im Folgenden thematisiere ich beide Perspektiven am Beispiel der Geschichte der westdeutschen Psychiatrie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Damit führe ich Untersuchungen zur historischen Kontinuität der Kultur und Selbstorganisationen von (ehemaligen) Anstalts- und Psychiatrieerfahrenen in Europa seit Mitte des 19. Jahrhunderts fort.² Im deutschen Sprachraum sind zwischen 1897 und mindestens 1920 drei solcher Organisationen nachweisbar.³ Zwischen 1949 und 1954 schlossen sich zuvor im Nationalsozialismus zwangsweise sterilisierte Menschen in vier Verbänden zusammen. Danach sind bis 1970 – dem Gründungsjahr des Sozialistischen Patientenkollektivs in Heidelberg – keine weiteren Vereinigungen in der Bundesrepublik bekannt. Wie ist die Lücke zwischen 1954 und 1970 psychiatriehistorisch zu bewerten? Diese Problemstellung behandle ich als Frage nach den historischen Keimformen spätmoderner Zusammenschlüsse von Psychiatriebetroffenen, die sich seit den 1970er Jahren bildeten und in Deutschland 1992 in den Bundesverband der Psychiatrie-Erfahrenen mündeten. Als Teil des internationalen *consumer/survivor/ex-patient-movements* bieten solche Netzwerke Psychiatriebetroffenen heutzutage politische Selbstvertretung und soziale Identität

1 Zuletzt etwa Majerus/Verstraete, Dis/order and dis/ability.

2 Brückner, Lunatics' rights.

3 Es handelte sich um den Züricher Irrenrechts-Reformverein (gegründet 1897), die Zentrale für Reform des Irrenwesens in Hersbruck (1907) und den Bund für Irrenrechts-Reform und Irrenfürsorge (1909); siehe Brückner, Bewegung, S. 206 f.

im Spannungsfeld »verrückter« Lebenswelten und medikaler Zuschreibungen, vergleichbar mit den kulturellen Praktiken und Traditionen von Behinderten.⁴ Für die Medizingeschichte haben Alexandra Bacopoulos-Viau und Aude Fauvel 2016 insistiert, es sei tatsächlich möglich, eine Geschichte solcher »collective ›mad‹ cultures« zu schreiben: »Of these cultures still little is known. Their role in the formation of medical discourses needs to be investigated.«⁵ Diesem Vorschlag gehe ich hier weiter nach.

Psychiatriehistorisch wird der Zeitraum zwischen 1950 und 1970 für die westlichen Gesellschaften als Ära der »totalen Institution« diskutiert, aber auch als Epoche der Deinstitutionalisierung.⁶ Im internationalen Vergleich verzögerten sich Reformen in der Bundesrepublik um bis zu 15 Jahre. Winfried Rudloff kommentierte 2010: »Ein wesentlicher Grund dafür, dass wohl kein zweites Feld der Gesundheitspolitik von vergleichbarem Gewicht so lange vernachlässigt worden war wie die psychiatrische Versorgung, lag im vollständigen Fehlen schlagkräftiger Betroffenenorganisationen, sei es der Patienten selbst oder aber ihrer Angehörigen.«⁷ Dieser Befund trifft wohl mit dem Akzent auf »schlagkräftig« nach wie vor zu, erlaubt aber die Frage, ob unterhalb der organisationalen Ebene »soziale Gruppen« von Psychiatriebetroffenen selbstadvokatorisch agierten.⁸ Tatsächlich lassen sich einige Spuren solcher Initiativen im Untersuchungszeitraum belegen. Formal gesehen unterscheiden sich diese wenigen, informellen und lokalen, meist kleinen und kurzlebigen Gruppen sowohl von Selbstorganisationen als auch von »hybriden« Kooperationen zwischen Professionellen und Behandelten sowie von stellvertretenden fremdadvokatorischen Initiativen. Typischerweise bildeten sie sich, nachdem zuvor geäußerte Beschwerden über Missstände institutionell ignoriert oder unterdrückt worden waren. Sie sind bislang kaum psychiatriehistorisch untersucht und werden hier zusammen mit weiteren advokatorischen Initiativen im Kontext der westdeutschen Erwachsenenpsychiatrie vorgestellt.

4 Brückner, Psychiatrieerfahrene. Siehe etwa zur Kultur von Gehörlosen: Hoffstadt, Gehörlosigkeit; zur medizinischen und politischen Soziologie solcher Netzwerke: Gerhards, Patientenpolitiken, S. 23–33; Brown u.a., Movements; Hoffman u.a., Patients.

5 Bacopoulos-Viau/Fauvel, Patient's Turn, S. 3; zu »mad cultures«: Rashed, Madness, S. 125–136.

6 Rosbach, Abschied; Noack, Einführung, S. 15; Kritsotaki u.a., Deinstitutionalisation.

7 Rudloff, Akteurssysteme, S. 171.

8 Zur Mikrosoziologie von Organisationen und Gruppen: Gerhards, Patientenpolitiken, S. 33–42; aus systemtheoretischer Sicht: Kühl, Gruppe.

Die psychiatriehistorische Aufarbeitung der 1950er und 1960er Jahre hat erst in jüngerer Zeit begonnen.⁹ Die Sichtweise der Betroffenen ist dabei größtenteils noch ein Dunkelfeld.¹⁰ Den Forschungsstand für die Bundesrepublik repräsentieren neben einigen älteren öffentlichkeits- und politikorientierten Arbeiten auch neuere Regionalstudien.¹¹ Ein Vorbild aus der Disability History bietet Jan Stolls 2017 erschienene Studie *Behinderte Anerkennung? Interessenorganisationen von Menschen mit Behinderungen in Westdeutschland seit 1945*. Auch Stoll betont die Forschungslücken und untersucht am Beispiel der Kriegsopferverbände ab 1945, der Elternvereinigungen ab den 1950er Jahren und den Selbsthilfeinitiativen seit den 1970er Jahren »die gesellschaftspolitischen Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen, ihre selbstadvokatorische Formulierung der eigenen politischen Agenden, ihre sozialen und politischen Ziele« sowie ihre Versuche, diese durchzusetzen.¹² »Behinderung« sei dabei nicht essentialistisch, sondern im Sinne des sozialen Modells von Behinderungen als Zuschreibung der »Mehrheitsgesellschaft« zu verstehen, um Rückschlüsse auf den Umgang mit psychosozialer Abweichung ziehen zu können. Letzteres wird hier für die Kategorie »psychisch krank« übernommen und der Begriff »Interessenorganisation« mit niedrigschwelligeren Konzepten wie »Gruppen«, »Interessenartikulation« und »Selbstvertretung« ergänzt.¹³

Auf diese Weise können Zugänge aus der Mikrosoziologie, der medizinhistorischen »history from below«, der Erfahrungsgeschichte und der Disability History kombiniert werden. So lässt sich etwa der seit dem 19. Jahrhundert beobachtbare Irrenrechtsaktivismus als Form historischer »Kämpfe um Anerkennung« verstehen und die Beteiligten als potenzielle gesundheitspolitische Stakeholder, deren Strategien mit Kategorien der Disability History wahrnehmbar und rekonstruierbar werden (»speaking

9 Siehe Brückner/Kersting, Geschichte; Fangerau u.a., Leid; Dörre, Anstaltsreform; Reumschüssel-Wienert, Psychiatriereform; Söhner, Psychiatrie-Enquete; Rosbach, Abschied; Sparing, Verwahrung; Rudloff, Akteurssysteme; Brink, Grenzen; sowie zur Entwicklung ab den 1970er Jahren: Rudloff u.a., Anstalten.

10 Auch internationale Studien zu Betroffenenorganisationen setzen in der Regel erst Ende der 1960er Jahre ein, vgl. Morrison, Talking; Crossley, Contesting.

11 Gerhards, Patientenpolitiken, S. 205–281; Rosbach, Abschied, S. 64 f., 117 f.; Sparing, Verwahrung, S. 237–260; Schwamm, Protestmännlichkeit; Brink, Grenzen, S. 372–467; Noack, Giftschlangen.

12 Stoll, Behinderte, S. 17; zur internationalen Entwicklung: Hunt, No limits.

13 Walmsley u.a., Telling.

out«, »users' rights«, »empowerment«, »self-advocacy«).¹⁴ Als eine Sozialgeschichte der Psychiatrieerfahrenen ähnelt diese Perspektive in ihrem partizipativen, kritischen Wissenschaftsverständnis Ansätzen in der Disability History, der Gender History oder auch den Mad Studies, welche die jeweiligen Akteursgruppen als kollektive Subjekte diskutieren und deren Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf ihre gesellschaftshistorischen Bedingungen untersuchen.¹⁵

Das Ziel der vorliegenden Studie ist es, die Quellenlage zu prüfen, zu ergänzen und das vorfindliche Material systematisch zu sichten. In Frage kamen sowohl Aufzeichnungen medikaler »Aufschreibesysteme«, etwa Kranken- und Verwaltungsakten oder Gerichtsurteile, als auch davon unabhängige Reportagen, Selbstzeugnisse, persönliche Dokumente und Kunstwerke.¹⁶ Um präsentistische Narrative oder fortschritts- und abstiegsgeschichtliche Konstrukte zu vermeiden, haben Lingelbach und Schlund empfohlen, den klassischen medizinhistorischen Methodenkanon als Korrektiv zu nutzen.¹⁷ Dementsprechend werden die Ergebnisse in zwei Blöcken für die 1950er und 1960er Jahre thematisch geordnet dargestellt und mit einleitenden Skizzen zur allgemeinen psychiatriehistorischen Entwicklung kontextualisiert. Durch die Frage nach den Formen der Interessenartikulation von sozialen Gruppen im Feld der Psychiatrie werden dann individuelle und kollektive Initiativen unterscheidbar und zwischen den Polen »selbstadvokatorisch« und »fremdadvokatorisch« verortbar. Vor diesem Hintergrund beziehe ich mich im Folgenden sowohl auf bereits publiziertes Material als auch auf neue Befunde.

1950 bis 1960: Milieutherapien, Verbände der Zwangssterilisierten, Grundrechte und Protest

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren in Europa fast 300.000 Tote als Folge der nationalsozialistischen Psychiatriepolitik zu beklagen. Die deutschen

14 Brückner, Lunatics' Rights, S. 107–113; vgl. zur Anerkennungstheorie: Honneth, Kampf.

15 Vgl. etwa für die Disability History: Reaume, Place; für die Gender History: Harding, Standpoint; für die Mad Studies: Beresford/Russo, Handbook.

16 Borck/Schäfer, Aufschreibesystem; zur Methodik: Brückner u.a., Geschichte.

17 Lingelbach/Schlund, Disability History.

Anstalten litten unter Vertrauensverlust, Kriegsschäden, Fremdbelegung, Hungersterben, Überfüllung und Personalfluktuations. Im Lauf der 1950er Jahre stiegen die Aufnahmeleistungen rasch, am 1. Dezember 1958 wurden 92.470 Betten in gut 60 Landeskrankenhäusern gezählt, dazu ca. 1.700 Betten in Universitätskliniken. Bis 1965 vervierfachte sich die Zahl der Aufnahmen.¹⁸ Trotz der Einführung von Neuroleptika ab 1953 blieben Insulin- und Elektrokrampftherapien üblich. Bei zunehmender Binnendifferenzierung (etwa Kinder- und Jugendpsychiatrie, Alterspsychiatrie, Suchtmedizin) folgten Ätiologie und Psychopathologie weitgehend medizinischen Modellen, allerdings ebnete die neuartige anthropologische Psychiatrie den Weg für die frühe Sozialpsychiatrie.¹⁹ In den abgeschotteten Anstaltswelten entwickelte sich allmählich eine »Reform vor der Reform« durch bauliche Modernisierungen oder die Einführung von Radios, Fernsehern und Gruppentherapie.²⁰ 1959 entstand der Aktionsausschuss zur Verbesserung der Hilfe für psychisch Kranke und an der Universitätsklinik Frankfurt begann der Aufbau einer sozialpsychiatrischen Abteilung. Welche Selbstorganisationen oder sozialen Gruppen von Betroffenen agierten in diesem Zeitraum? Beginnend mit zwei Beispielen für therapeutische Gruppenkonzepte thematisiere ich im Folgenden die Verbände der Zwangssterilisierten sowie einschlägige Medienberichte und persönliche Dokumente.

Innovative sozialpsychiatrische Praktiken der Zeit rekurrten zunächst auf die psychoanalytische Gruppentherapie, während Konzepte therapeutischer Gemeinschaften erst in den 1960er Jahren populär wurden. Als sozialtherapeutisches Mittel galten auch Anstaltszeitungen, wie etwa die 1955 gegründete *Schwalbe* in Gütersloh.²¹ Der Anstaltsdirektor Walter Schulte berichtete, in »Gruppengesprächen« sei das »Bedürfnis« artikuliert worden, »in einer eigenen Zeitschrift eine Art von Ventil zu bekommen«. Ähnlich hieß es 1957 in der ein Jahr zuvor in Lengerich initiierten Monatsschrift *Türme am Berg*, mit dem Blatt hätten »die Kranken ein Organ, worin sie alle berechtigten Wünsche und Gedanken unmittelbar äußern können«.²² Die *Schwalbe* führte dafür die illustrierte Kolumne »Sprich Dich aus«. Schulte habe so »An-

18 Brink, Grenzen, S. 418; Panse, Krankenhauswesen, S. 241.

19 Thoma, Mensch.

20 Kersting, Einführung, S. 6.

21 Vgl. Brüggemann, Seelenpresse. Zu den Anstaltszeitungen siehe auch den Beitrag von Christof Beyer in diesem Band.

22 Anonym, »Zum Abschied des Herrn Landesmedizinaldirektors Dr. Merguet«, *Türme am Berg*, Jg. 2, H. 7 (1957), S. 187–188, hier S. 188.

regungen für eine Durchgestaltung des Anstaltslebens im Detail« erhalten. Er bekräftigte, in der Redaktion seien die »Ausgangsdiagnosen« der Mitglieder hinter dem »Bemühen« zurückgetreten, sich »einer Sache ganz zu widmen«. ²³ Die kommunikativen Spielräume erweiterten sich, wenn auch unter professioneller Kontrolle.

Ein weiteres Beispiel für milieutherapeutische Begegnungen sind erste »Patientenklubs«. Teirich berichtete 1957 aus Graz, dass »es nicht nur möglich ist, solche Patientenvereinigungen im Rahmen bzw. mit Hilfe von Kliniken zu führen«. Diese idealerweise »selbstverwalteten« »Patientenorganisationen« seien auch ambulant möglich, wobei seine »Patienten im Anschluß an die therapeutische Gruppe noch gemeinsam in ein Kaffeehaus gehen und ihre Gespräche (meist stundenlang) fortsetzen. In diesem Rahmen entstehen »Mikrokommunikationen«, die von mir bewußt gefördert werden [...]«. ²⁴ Sowohl die Anstaltszeitungen als auch die »Patientenklubs« entsprachen demnach hybriden Foren der Interessenartikulation unter Führung oder Beteiligung von Professionellen. Die zunehmende Erprobung von Milieutherapien und ambulanten Behandlungen seit den späten 1950er Jahren wurde und wird häufig auf sozial moderierende Effekte der damals neuartigen Pharmakotherapien zurückgeführt. ²⁵ Tatsächlich setzten sich Ende der 1950er Jahre medikamentöse Kombinations- und Dauerbehandlungen durch, unerwünschte Wirkungen und Schäden wurden bei der professionellen Risiko/Nutzen-Abwägung oft toleriert. ²⁶ Die Sozialräume der Anstaltszeitungen oder »Patientenklubs« wären somit im Spannungsfeld zwischen innovativen Milieutherapien, ihrer pharmakologischen Regulierung und der Modernisierung von Disziplinierungs- und Sozialtechniken zu diskutieren.

Verbände der Zwangssterilisierten

Eine Aufarbeitung der nationalsozialistischen Psychiatrieverbrechen fand bis in die 1980er Jahre kaum statt. Dies betrifft auch die Entschädigungsan-

²³ Schulte, Klinik, S. 85–91.

²⁴ Teirich, Patientenklubs, S. 232.

²⁵ Söhner, Psychiatrie-Enquete, S. 97–106.

²⁶ Zu Polypharmazie und Dauertherapie: Kranz/Petrilowitsch, Probleme; Schulte, Klinik, S. 105 ff.; zu Problemen und Schäden: Kranz/Heinrich, Begleitwirkungen.

sprüche der zwischen 1934 und 1945 zwangsweise sterilisierten Menschen. Schätzungen gehen von 436.000 Verfahren und 294.000 durchgeführten Sterilisationen im Gebiet des »Altreiches« aus, dazu kommen 10–20.000 Sterilisationen in annektierten Gebieten bis 1945.²⁷ Mit dem Argument, das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 sei kein typisch nationalsozialistisches Gesetz (da es solche auch in anderen Ländern gegeben habe), wurden den Betroffenen (bis heute) Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz von 1953 und die Anerkennung als Verfolgte des Nationalsozialismus verweigert. Dagegen regte sich früh Widerstand: 1949 entstanden in Oldenburg die Interessengemeinschaft der Sterilisierten und in Alsdorf der Interessenverband der Körper- und Gesundheitsgeschädigten. 1950 wurden der Verband der Sterilisierten und Gegner der Sterilisation in Gießen und in München der Zentralverband der Sterilisierten und Gesundheitsgeschädigten e.V. gegründet. Letzterer war die größte Vereinigung, allein 1951 sollen 3.211 Mitglieder neu aufgenommen worden sein.²⁸

Vermutlich waren die Mitglieder dieser vier Selbstorganisationen häufig von psychiatrischen Diagnosen betroffen. Der Umgang mit dieser Opfergruppe bis zur Ächtung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses durch den Bundestag als »nationalsozialistisches Unrecht« im Jahr 2007 ist inzwischen gut erforscht, zur Arbeit der Verbände bleiben allerdings viele Fragen offen, die Quellenlage ist schwierig, eine Monographie fehlt. Soweit man weiß, forderten sie finanzielle Entschädigungen, zeigten Sterilisationspraktiken an oder unterstützten juristische Verfahren. Dennoch konnten sie aufgrund von Führungs- und Zuständigkeitskonflikten, prekärer Opfergruppenidentität, internen Konkurrenzen und finanziellen Problemen trotz einiger Medienresonanz nicht genügend Ressourcen mobilisieren und scheiterten letztendlich. Der Zentralverband löste sich im August 1954 auf, die Interessenvertretung wurde relativ wirkungslos vom Bund der Opfer des Faschismus übernommen. Zahlreiche Zwangssterilisierte versuchten, individuell Entschädigung, Härteausgleich oder Wiedergutmachung zu erreichen – fast immer ohne Erfolg.²⁹ Erst 1987 trat mit dem Bund der »Euthanasie«-Geschädigten und Zwangssterilisierten eine neue Selbstorganisa-

27 Benzenhöfer/Ackermann, Zahl, S. 26.

28 Westermann, Leid, S. 89; sowie Topp, Geschichte, S. 202–213; Tümmers, Anerkennungskämpfe, S. 98–106.

29 Nach Tümmers, Anerkennungskämpfe, S. 218, wurden von den 608 Anträgen, die NS-Opfer der »Erbgesundheitspolitik« im Regierungsbezirk Aachen zwischen 1953 und 1969 stellten, lediglich

tion auf den Plan.³⁰ Das Schicksal der Opferverbände in den 1950er Jahren ist im Zusammenhang mit dem verleugnenden gesellschaftlichen Umgang mit den gesamten NS-Psychiatrieverbrechen zu sehen. Nach dem Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus geriet auch das zivilgesellschaftliche Potenzial der frühen Irrenrechtsbewegung in Vergessenheit. Doch das damals so virulente öffentliche Misstrauen gegenüber der irrenärztlichen Profession setzte sich fort.

Skandalisierung und Protest

Anfang der 1950er Jahre ging eine Welle skeptischer Berichterstattung zur Psychiatrie durch die Presse – ähnlich wie bereits um 1900 und später um 1970. Im Frühjahr 1950 füllte der preisgekrönte, psychiatriekritische US-Film *Die Schlangengrube* die deutschen Kinos. Im Juli publizierte *Der Stern* eine investigative Reportage über einen Todesfall in der hessischen Landesheilanstalt Eichberg und die Rolle des Chefarztes vor 1945. Im Kontrast dazu informierte das Magazin über adäquatere Bedingungen in der Heil- und Pflegeanstalt Düsseldorf-Grafenberg.³¹ Andere Berichte folgten, einige Klinikdirektoren versuchten aktiv gegenzusteuern.³² Im Herbst begann der überregional skandalisierte Prozess gegen Martin-Heinrich Corten, ehemals Chefarzt im israelitischen Krankenhaus Hamburg, dem vorgeworfen wurde, seine Frau Magdalena 1947/48 unter Vortäuschung falscher Tatsachen in drei Anstalten eingewiesen zu haben. Sein Freispruch führte zu erregten Debatten über die Rechtssicherheit psychiatrischer Praktiken, geprägt von der Furcht des Publikums vor ungerechtfertigten Einweisungen und defensiver Abwehr seitens der Profession.³³ Im Folgenden sollen drei Beispiele die Wirkung dieses gesellschaftlichen Klimas und mögliche

zwei bewilligt. Gut dokumentiert ist das Schicksal von Paul Wulf aus Münster mit Entschädigungsklagen und Kampagnen zwischen 1955 und 1979, siehe: Freundeskreis, Lebensunwert?.

³⁰ Hamm, Ausgegrenzt.

³¹ Anonym [Heinze-Mansfeld], »Wir fragen«, *Der Stern*, Jg. 3, H. 28 (1950), S. 6–7; zu Düsseldorf: Anonym [Heinze-Mansfeld], »Wir erkannten«, *Der Stern*, Jg. 3, H. 28 (1950), S. 8–9; vgl. Noack, Giftschlangen, S. 312–318.

³² Z. B. Anonym, »Ich saß im Irrenhaus«, *Kristall*, Jg. 5, H. 5 (1950), S. 10–11; vgl. Rosbach, Abschied, S. 64 f.

³³ Noack, Giftschlangen, S. 318–325; Brink, Grenzen, S. 372–379.

(gemeinsame) Handlungsoptionen der in den Anstalten Untergebrachten illustrieren.

In Verwaltungsakten des Regierungsbezirks Köln ist eine Aktion der 31 Jahre alten Heilmasseurin Erika S. dokumentiert, die im Oktober 1952 nachts auf eigene Faust in die rheinische Landesheilanstalt Langenfeld-Galkhausen einbrach, um eine »frühere Leidensgenossin« zu befreien. Diese habe sie bei einem eigenen früheren Aufenthalt in jener Klinik »mit rührender Liebe gepflegt«. Der Befreiungsversuch scheiterte, Erika S. wurde dort zwei Tage später nach einer gewalttätigen Odyssee selbst zwangsweise untergebracht. Vor Gericht schilderte der Anstaltsarzt, sie habe sich als investigative »Reporterin« ausgegeben, die »über die Schlangengrube Galkhausen« berichten wollte. Ihr Vater bekräftigte, seine Tochter habe es sich »in den Kopf gesetzt, den Menschen in den Anstalten helfen zu wollen« und sie zu »befreien«, seitdem sie 1950 erstmals mit »wirklich geistesgestörten Menschen« in der Anstalt Kontakt gehabt habe.³⁴

Auf verlässliche Netzwerke stützte sich hingegen die 1950/51 in dem Springer-Blatt *Kristall* veröffentlichte Undercover-Reportage des jungen Berliner Journalisten Hasso Ziegler. Mithilfe von Betroffenen, die seine journalistischen Ambitionen nutzten, um auf die Zustände in den Wittenauer Heilstätten aufmerksam zu machen, ließ Ziegler sich als Morphinist getarnt in die Suchtabteilung einweisen. Er berichtete von »fünzig bis sechzig« Untergebrachten: »Die Rauschgiftsüchtigen von Wittenau haben eine Beschwerde aufgesetzt. Sie behaupten, die Untersuchungen vor der Unterbringung seien flüchtig und ungenau.«³⁵ Sie hätten zudem auf das belastende und krankmachende klinische Milieu sowie überlange Unterbringungszeiten hingewiesen und 1949 ein »Memorandum« eingereicht, das beschlagnahmt worden sei. Insbesondere forderten sie ein Beschwerdemanagement in der Institution. Während seines Aufenthalts täuschte Ziegler einen Fluchtversuch vor, wurde »zusammengeschlagen« und 13 Stunden nackt im sogenannten »Eiskeller« isoliert. Seine Reportage führte letztlich zur Entlassung eines Oberarztes. Thorsten Noack spricht von einer »kritischen Patientengruppe« in Wittenau, die durch ihre akademische So-

34 Vernehmungsprotokoll, Landesarchiv NRW, Sign. R 12874, Bl. 166–172. Für den Hinweis auf diese Quelle danke ich Frank Sparing.

35 Anonym [Ziegler], »Ich bin »völlig unzurechnungsfähig«, Kristall, Jg. 5, H. 26 (1950), S. 3–5, hier S. 4.

zialstruktur aktionsfähig gewesen sei.³⁶ Zweifellos handelte es sich bei den Eingaben und der Unterstützung des Journalisten um kollektives Handeln einer Gruppe Psychiatriebetroffener, teils konspirativ, in Allianz mit der Presse und definitiv im Kontext der medialen Subkultur von Morphinabhängigen in Berlin.

Ähnlich kollektiv und klandestin organisiert, jedoch spontaner und gewalttätiger, verliefen sogenannte »Meutereien« in den forensischen Abteilungen der Anstalten, wie sie aus dem Bewahrhaus der Heil- und Pflegeanstalt Eickelborn bereits von 1912 oder dem dortigen Festen Haus von 1953 bekannt sind.³⁷ Fünf Jahre später, 1958, ereignete sich im Maßregelvollzug des Westfälischen Landeskrankenhauses Eickelborn nochmals eine spektakuläre Revolte. Laut den Eickelborner Verwaltungsakten verbarrikadierten am 5. August drei Insassen kurz vor Mitternacht die »Gittertüre« zur ihrem Schlafsaal. Ihr Wortführer, der 51 Jahre alte Rolf I., äußerte, sie wollten gegen Aussagen des Abteilungsarztes Leo Lechtleitner vorgehen und einen Staatsanwalt sprechen.³⁸ Im Lauf der Nacht schlugen sie fünfzig Fensterscheiben ein, zerlegten Betten, rissen einen Heizkörper heraus und stemmten fast eine Wand auf.³⁹ Trotz Abwartens der Verantwortlichen eskalierte die Lage. Gegen Mittag des folgenden Tages beendete ein zehnköpfiges Polizeiaufgebot den Aufstand mit drei Patronen Tränengas. Die Klinikleitung versuchte noch Monate danach, angeblich »voreilig sensationelle« Pressemeldungen zu korrigieren.⁴⁰ Im September lud der Landschaftsverband Westfalen-Lippe die Presse zu einer Besichtigung mehrerer Anstalten des Bezirks ein.⁴¹ Denn einige Zeitungen hätten »falsche Vorstellungen von den Zuständen in den Landesheilanstalten« verbreitet, die jedoch nur auf unhaltbaren Vorwürfen von Rolf I. über Misshandlungen und Todesfälle im Festen Haus basiert hätten.⁴² Die »Rebellion« sei offenbar »geplant und vorbereitet« gewesen, zwei Aufrührer seien »verantwortlich«, ein dritter unzurechnungs-

36 Noack, Giftschlangen, S. 328, 332. Nach Jungnickel, Erfahrungen, S. 89 f., wurden 1953 in Berlin 72 »Rauschgiftsüchtige« in Kliniken untergebracht, darunter überwiegend Angehörige von Heilberufen.

37 Raether, Schreiben 6.8.1958, Archiv des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Sign. 656/126; zu Eickelborn: Weißer, Psychiatrie.

38 Sander/Kirchhoff, Wachberichte, 4.8.1958, Archiv LWL 656/126.

39 Raether, Kurzbericht, 6.8.58, Archiv LWL 656/126.

40 Anonym, »Mißhandlungen und Mord in Eickelborn?«, Westfälische Rundschau, [Soest], [21.11.] (1958), S. 10; Anonym, »Meuterer in der Gummizelle«, BILD-Zeitung, [7.8.] (1958), S. 2.

41 Zimmer, Krankenhaus.

42 Herzfeld, Zeitungsmeldungen, Archiv LWL 656/126.

fähig und fünf weitere allenfalls »unmassgeblich« beteiligt gewesen.⁴³ Rolf I. sei ursprünglich über eine vom Abteilungsarzt angehaltene Postkarte »verärgert« gewesen, mit der er sich bei der örtlichen Polizeidienststelle über seine Behandlung beschweren wollte.⁴⁴ Auch wenn die Klinikleitung sämtliche Vorwürfe bestritt, handelte es sich, formal gesehen, offenkundig um eine besonders radikale – oder verzweifelte – Form kollektiver Interessenartikulation. Die Morphinabhängigen in Berlin-Wittenau und die Eickelborner »Meuterer« sind zwei erste Beispiele für soziale Gruppen, die eigeninitiativ selbstadvokatorisch agierten. Im nächsten Abschnitt werden ergänzend individuelle Initiativen zusammengestellt.

Grundrechte und persönliche Dokumente

Schon für den Irrenrechtsaktivismus des 19. Jahrhunderts war der Verweis auf Grund- und Freiheitsrechte essenziell. Seit 1949 kollidierten die bis dato rein polizeirechtlichen Unterbringungsverfahren mit dem Grundgesetz (Art. 2 u. 104, Abs. 2). Die folgenden Debatten fanden zwischen Justiz und Medizin statt und mündeten schließlich in die Entwicklung der Psychisch-Kranken-Gesetze; Betroffene traten dabei bestenfalls als Kläger auf.⁴⁵ So bestätigte 1954 ein Urteil des Bundesgerichtshofes die Ansprüche auf Schadenersatz eines Bremer Rentners, der während einer »Elektroschockbehandlung« einen Wirbelbruch erlitten hatte, zuvor aber nicht wirksam über die Risiken aufgeklärt worden war. Damals von prominenten Fachleuten angefeindet, gilt das Urteil heute als Meilenstein des medizinischen Haftungsrechts.⁴⁶ Auf zivilgesellschaftlicher Ebene verteidigte Anfang der 1950er Jahre auch der Deutsche Bund für Bürgerrechte die Grundrechte in den Anstalten, etwa das Briefgeheimnis.⁴⁷

Unterhalb der öffentlichen Wahrnehmungsschwelle lassen sich noch zahlreiche individuelle Eingaben nachweisen. So erhob Manfred S. im Oktober 1952 Einspruch gegen die Einweisung seiner Ehefrau in Langenfeld-Galkhausen aufgrund der angeblich »unzulänglichen ärztlichen Behandlungsmittel sowie der primitiven Unterbringung« in der »Unruheabteilung«,

43 Ders., Anzeige, 7.8.1958, Archiv LWL 656/126.

44 Raether, Schreiben 6.8.1958, Archiv LWL 656/126.

45 Brink, Grenzen, S. 379–409.

46 BGH, 10.7.1954 – VI ZR 45/54; vgl. Noack, Eingriffe, S. 194–199; Marcotty, Begegnung, S. 192 f.

47 Närgen, Briefgeheimnis.

in der die »sanitären Zustände schlimmer wie in einem jeden Gefangenlager« seien: »Dort liegt sie nun zwischen lebenden Toten in einer Umgebung worin ein normaler Mensch Selbst nervenkrank werden kann«. ⁴⁸ Neben der sachlichen Schilderung fallen in dieser Eingabe zwei klassische Topoi populärer Psychiatriekritik auf: sowohl jener zum »bürgerlichen Tod« in der Anstalt als auch jener zur Pathogenität dieses Milieus. ⁴⁹ Ähnlich interessant dürften die von Cornelia Brink erwähnten, aber bislang kaum ausgewerteten Petitionen an den Landtag von Baden-Württemberg sein, mit denen Untergebrachte in den frühen 1950er Jahren gegen ihre Zwangseinweisung oder Zwangsbehandlung protestierten. ⁵⁰

Weiteren Aufschluss bieten publizierte persönliche Dokumente. Mit erheblichem zeitlichen Abstand veröffentlicht, zeugen sie teils von autobiographischer Verarbeitung und teils von professionellen Bemühungen, Schicksale im Langzeitbereich der Kliniken zu rehistorisieren. Autobiographisch sind Selbstberichte wie der von Dorothea Buck über ihren Aufenthalt in Hamburg-Ochsenzoll 1959 oder Unica Zürns glänzende Prosa zu ihren Erfahrungen in Berlin-Wittenau 1959/60. ⁵¹ Rehistorisierend sind die schockierenden Befunde von Rainer Spiss zur Anstaltskarriere von Maria S., die Ende der 1950er Jahre innerhalb von sechs Monaten in einer einzigen Klinik 15 »Elektro-« und 72 »Insulinschocks« erhielt, oder die Dokumentation von Eva Preuß über Paul Spann, der ab 1951 jahrzehntelang in den Wittenauer Heilstätten lebte. ⁵²

Die Quellenarten dieses Genres sind nicht immer präzise abgrenzbar und die Übergänge zur Kunst fließend. ⁵³ Besonders eindrucksvoll dokumentiert dies das Werk von Erich Spießbach. Der Exzentriker schuf 1951/52 in der sauerländischen Provinzial-Heilanstalt Marsberg mehr als 300 Zeichnungen als skeptisch-ironische Kommentare zum Anstaltsleben. Hinzu kamen Skulpturen, Essays und auch Briefe, in denen er Verbündete suchte, um sich zu rehabilitieren. Sein Arzt Manfred in der Beek publizierte 1966 einige Stücke, etwa die hier abgedruckte Zeichnung. Er berichtete, Spießbach sei im Februar 1952 »in Pantoffeln« auf einer Polizeiwache erschienen,

48 Manfred S., Schreiben, 31.10.1952, Landesarchiv NRW, R 12874.

49 Dazu Bernet, Schizophrenie, S. 89–106.

50 Brink, Grenzen, S. 396.

51 Zerchin, Morgenstern, S. 216–228; Zürn, Jasmin, S. 41–71.

52 Spiss, Fall, S. 144–164; Preuß/Spann, weggekommen.

53 Vgl. für die DDR Lene Voigts Gedichte aus Leipzig-Dösen zwischen 1946 und 1962: Voigt, Erinnern, S. 126–160.



Abb. 1: E. Spiessbach: »Echte Tobzelle«, 1953, Feder, Tusche, Bleistift u. Buntstift auf Papier, 29,5 x 20,8 cm.

Quelle: Sammlung Prinzhorn, Heidelberg, Inv. Nr. 8542/350.

nachdem er in seiner Zelle die »Eisenstäbe des Fenstergitters durchsägt und nachts Spaziergänge unternommen hatte«, um eine Beschwerde an den Hochkommissar der USA in Deutschland James Bryant Conant abzuliefern.⁵⁴ Die dieser Eingabe beigegebene Zeichnung kommentierte Spießbach als Beleg, »daß ich als ein rechts- und handlungsbewußter Mensch von Faschisten in faschistischer Zeit für immer in Irrenhäusern lebendig begraben wurde«. Er fuhr fort:

»Das Bild stellt den Betrachter vor ein Guckloch einer Tobezelle und macht damit bekannt, daß der Insasse ein dreifach diplomierter Idiot ist. Hinter das Guckloch ist die ›Nur-Aktentatsache‹ eingeschoben, daß der Insasse ›laut Akten‹ ein Mensch ist, ›von dem man noch nie die allereinfachsten Leistungen kennengelernt hat‹. Er ist ein Schreckgespenst in Irrenhausuniform. Seine Zelle ist für ihn eine überzuchthausmäßige Tobzelle, für andere ein Staatsraum mit Parkettfußboden.«⁵⁵

Bemerkenswert ist nicht nur wiederum der Topos des bürgerlichen Todes, sondern auch die Politisierung des Sujets. Tatsächlich war Spießbach noch unter den Bedingungen der NS-Psychiatrie 1943 erstmals in Münster-Marienthal untergebracht worden.

Eine genauere Untersuchung der persönlichen Dokumente könnte ihre Performativität und Kulturalität nicht nur anhand ihrer Publizität, sondern auch hinsichtlich inhaltlicher und struktureller Gemeinsamkeiten aufweisen, um sie sodann entlang ihrer zeittypischen Merkmale in die jahrhundertelange Geschichte der Kultur der autobiographischen Reflexion von Wahnsinn und Hospitalisierung einzuordnen.⁵⁶ Halten wir fest: Die Unterstützung der Reportage in Wittenau 1950 und die Eickelborner Protestaktion 1958 zeigen in zwei seltenen und sehr unterschiedlichen Einzelfällen, dass, formal gesehen, eine kollektive Interessenartikulation von Gruppen Psychiatriebetroffener auch jenseits expliziter Vereinsorganisation in der frühen Bundesrepublik öffentlichkeitswirksam möglich war.⁵⁷ Die Entstehung dieser beiden primär selbstadvokatorischen Gruppen im Zuge von gescheiterten Beschwerden, ihre Aktionsformen und klandestine Organisation unterscheiden sich sowohl von den Bedingungen institutionell eingebetteter Gruppen (Anstaltszeitungen, »Patientenklubs«) als auch von

54 Beek, Wahnsinn; zu Spießbach: Röske, Ausbruch.

55 Spießbach, Dr. Conant.

56 Dazu Brückner, Delirium und Wahn.

57 Vgl. für die DDR den »Patientenrat« in der Leipziger Klinik ab 1963: Gesundheitsamt Leipzig, Gitter, S. 6, sowie eine Beschwerde an den Staatsrat 1964, F. 2010, Vorwort.

der Arbeit der Selbstorganisationen (Verbände der Zwangssterilisierten) sowie von individuellen Initiativen (Klagen, Eingaben, Dokumente) oder fremdadvokatorischen Methoden (Rechtsprechung, Presse).

1960 bis 1970: Whistleblower, Hospitalismuskritik und Selbstzeugnisse

Im Folgenden ordne ich die westdeutsche Psychiatriegeschichte in den 1960er Jahren anhand des thematisch geordneten Materials wie zuvor entlang der Frage nach selbstadvokatorisch handelnden sozialen Gruppen. Die Versorgungslandschaft der 1960er Jahre ist von Cornelia Brink als »Nebeneinander von Altem und Neuem« beschrieben worden. Ähnlich hat Felicitas Söhner parallel agierende »Denkkollektive« der Reformpsychiatrie und der kustodialen Mainstream-Psychiatrie festgestellt.⁵⁸ Letztere war in der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde (DGPN) organisiert, stellte das Gros der Klinikdirektoren und trat für modernisierte Fachkrankenhäuser ein. Hingegen wurde die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie in der BRD (DGSP) erst im Dezember 1970 gegründet. Ihre Wurzeln liegen in einzelnen Reformkliniken, etwa in Frankfurt, Heidelberg, Tübingen und Hannover. Vor dem Hintergrund angloamerikanischer Vorbilder, mehrerer Tagungen und lokaler Experimente der sich formierenden sozialpsychiatrischen Szene und im Kontext der Sozialpolitik der sozialliberalen Bundesregierung ab 1969, der sozialrevolutionären »Studentenbewegung« und der steigenden gesellschaftlichen Aufmerksamkeit für »Randgruppen« gelang es den reformorientierten Kräften 1970, die Lage der Psychiatrie als ein eklatantes Beispiel sozialpolitischer Versäumnisse auf die bundespolitische Agenda zu setzen. Am 23. Juni 1971 beschloss der Bundestag die Durchführung der Psychiatrie-Enquête. Der Abschlussbericht enthielt 1975 zahlreiche Empfehlungen, die Selbsthilfe vor allem im Suchtbereich auszubauen.⁵⁹

⁵⁸ Brink, Grenzen, S. 421; Söhner, Psychiatrie-Enquete, S. 24, 161.

⁵⁹ Deutscher Bundestag, Bericht, z.B. S. 16, 68, 198, 270 f. Siehe zur Psychiatrie-Enquête auch den Beitrag von Nils Löffelbein in diesem Band.

Iatrogene Schäden und radikale Selbstvertretung

Die Frage nach selbstadvokatorischen Initiativen in diesem Zeitraum führt zu weiteren Fragen: Welche Handlungschancen besaßen die Betroffenen in den Anstalten und inwiefern gingen Professionelle Bündnisse mit ihnen jenseits therapeutischer Sozialräume ein? Um 1970 blieben noch gut 59 Prozent aller psychiatrisch Behandelten über zwei Jahre stationär untergebracht und 31 Prozent über zehn Jahre.⁶⁰ Für diese Situation war auch das Pflegepersonal mitverantwortlich. Hemprich und Kisker beschrieben 1968 in ihrer verdeckt-teilnehmenden Studie *Die Herren der Klinik* deutliche Vorbehalte des älteren, teils seit den 1930er Jahren beschäftigten Pflegepersonals gegenüber neuen sozialtherapeutischen Methoden auf einer Heidelberger Männerstation.⁶¹ Schon 1963 hatte der Reichenauer Oberarzt Erich Haisch Veränderungen angesichts überfüllter Stationen, entwürdigender Behandlungen und pharmakologischer Übersedierung gefordert – und war dafür in seiner Arbeit behindert und dienstrechtlich gerügt worden.⁶² Haisch sah die Politik in der Verantwortung, denn »seitens der Kranken« seien nennenswerte Initiativen »aufgrund ihrer Erkrankung und ihrer prekären gesellschaftlichen Stellung« definitiv »ausgeschlossen«, da sie »dazu nicht in der Lage sind«.⁶³ Noch direkter als Haisch kommentierte Jürg Zutt, bis 1964 Inhaber des Lehrstuhls für Psychiatrie und Neurologie der Universität Frankfurt am Main, 1970 die möglichen Hospitalisierungsschäden:

»Das zahlenmäßig größte Problem sind nicht diejenigen, die unentwegt ihre Freiheit fordern und sie schließlich – wodurch auch immer – durch artistisch gewandte Flucht, durch Äußerung ihrer erbitterten Wut oder durch Beharrlichkeit im Argumentieren, sicher immer auch durch Glück wiedergewinnen. [...] Das zahlenmäßig größte Problem sind [...] jene, die sich in aller Stille abfinden, die dem Druck der Internierung nachgeben, sich wahrscheinlich der über sie verhängten Diagnose unterwerfen [...] Sie wollen aus der Anstalt gar nicht mehr heraus, ja sie setzen Rehabilitations- und Resozialisierungsbemühungen nur schwer und nur selten zu überwindenden Widerstand entgegen.«⁶⁴

Sogar Frank Fischer, der wirkungsvollste Whistleblower außerhalb der Psychiatrie-Szene, befand 1969 in seinem Klassiker *Irrenhäuser*: »Aus zwei

60 Häfner, *Wandlungen*, S. 18.

61 Hemprich/Kisker, *Herren*.

62 Rosbach, *Abschied*, S. 95–112.

63 Nach Rosbach, *Abschied*, S. 102.

64 Zutt, *Freiheitsverlust*, S. 107 f.

Gründen wird es in der Anstalt nie Revolten geben. Einmal handelt es sich bei den eingesperrten Insassen um gestörte, in ihrer Widerstandskraft erheblich eingeschränkte Menschen, zum anderen fehlt ihnen aufgrund ihrer Krankheit gerade das, was für eine Revolte unerlässlich wäre: die Fähigkeit zur verlässlichen Gruppenbildung, zur Solidarität.«⁶⁵ Politische Bündnisse mit den Behandelten schienen selbst entschiedenen Reformkräften utopisch zu sein. Diese Umstände mögen dazu beigetragen haben, dass manche ab dem Schlüsseljahr 1970 nachweisbaren Gruppen ausgesprochen sozialrevolutionär auftraten – obwohl sie Bündnisse mit solidarischen Professionellen eingingen.

Das bekannteste und umstrittenste Beispiel ist das am 12. Februar 1970 in der Heidelberger Universitätsklinik gegründete Sozialistische Patientenkollektiv (SPK). Acht Monate später umfasste die Gruppe gut 200 Personen. Ihre Geschichte ist gut erforscht: das kapitalismuskritische Konzept, die internen Strukturen, die Rolle der Universität und Fachöffentlichkeit, die Diskussion militanter Mittel im inneren Kreis ab Spätherbst 1970 und dessen Auflösung samt Verhaftungen im Juli 1971.⁶⁶ Von Christian Pross befragte ehemalige Mitglieder bestanden mehrheitlich darauf, es habe sich um eine Selbstorganisation gehandelt.⁶⁷ Dafür sprechen die Selbstbezeichnung und der Versuch, zuvor etablierte Rollen aufzuheben, die therapeutisch-agitatorische Tätigkeit von Betroffenen sowie ihre Flugblätter und eigenen Aktionen.⁶⁸ Demgegenüber steht die Rolle des Initiators und Arztes Wolfgang Huber, der allein über Aufnahmen in die Gruppe entschied und in Diskussionen als »letzte Instanz« galt.⁶⁹ Die Fixierung auf die Negation des Krankheitsbegriffs bei fortlaufender »Therapie« und Medikation zementierte zudem medikale Traditionen, die untypisch für Selbsthilfe sind. Teile des Sozialistischen Patientenkollektivs agierten wohl selbstadvokatorisch, insgesamt aber überwiegt der Eindruck einer hybriden, ärztlich begleiteten Vereinigung.

Weniger bekannt ist das 1971 in besetzten Gebäuden der Frankfurter Universität gegründete »therapeutische Kommunikationszentrum« und die Einrichtung einer »Therapiegruppe mit Wohnkollektiven« durch Mitglieder

65 Fischer, Irrenhäuser, S. 79.

66 Vgl. Gerhards, Patientenpolitiken, S. 221–277; Greithanner, Enttäuschungen; Pross, Verderben; Brink, Politik.

67 Pross, Verderben, S. 246 f.

68 Sozialistisches Patientenkollektiv, Waffe.

69 Pross, Verderben, S. 197, 236.

der Drogenhilfeeinrichtung Release und der Psychotherapeutischen Beratungsstelle der Universität. Laut einem nach der Räumung am 9. März 1972 herausgegebenen Dossier wohnten dort ein Jahr lang »ehemalige Patienten der Nervenklinik« als »Patientenkollektiv« bzw. »Patientengruppe 41« in einer »therapeutischen Wohngemeinschaft« zusammen mit »Ärzten und Studenten«, die »Krankheit als durch die Gesellschaft erzeugt begreifen«. ⁷⁰ Auch dieses Experiment entstand als hybrider, gemischter Zusammenschluss. Dies gilt ebenso für den 1969 von Studierenden und Fachkräften gegründeten Verein Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln, der zunächst in der Heimkampagne aktiv war, bevor er sich 1975 in Sozialistische Selbsthilfe Köln umbenannte und 1977 das Beschwerdezentrum – Initiative gegen Verbrechen in Landeskrankenhäusern initiierte. ⁷¹

Relativ autonom bildete sich hingegen Anfang 1971 eine Gruppe auf der Psychotherapie-Station im Universitätskrankenhaus Hamburg-Eppendorf. Zwar hatte das ärztliche Personal Aktivitäten eingefordert, doch einige Betroffene verwirklichten ab Februar 1971 selbständig die Idee einer reinen »Patientenselbsthilfegruppe«. Zur Diskussion standen Fragen nach dem »Standort des psychisch Kranken in der Gesellschaft« samt gegenseitiger Hilfe und Öffentlichkeitsarbeit. Nach drei Monaten löste sich diese Gemeinschaft wieder auf, aber reorganisierte sich ab April bei steigendem Interesse innerhalb der Klinik als »Aktionskreis 71« mit dem Ziel einer Vereinsgründung. Um die 20 Mitglieder planten in mehreren »Arbeitszirkeln« Wohn- und Arbeitskollektive und gründeten Ende Oktober im Bündnis mit Professionellen einen Verein, der 1976 ein »Kommunikationszentrum« eröffnete und noch heute existiert. ⁷²

Gänzlich ohne professionelle Hilfe handelte demgegenüber eine Gruppe von neun Untergebrachten, die sich am 2. Oktober 1970 aus dem rheinländischen Landeskrankenhaus Langenfeld-Galkhausen mit einer Eingabe an den Innenminister von Nordrhein-Westfalen wandte. In ihrer Beschwerde hieß es, die »Krankenwärter haben starke Neigung uns zu quälen«, sie würden angebrüllt, mit »Füssen und Stühlen« geschlagen, mit der »Giftspritze« ruhiggestellt und von den Ärzten ignoriert. Die Gesundheitsabteilung des Landschaftsverbandes Rheinland wehrte die Vorwürfe offenbar ohne Nachprüfung im Januar 1971 mit der Begründung ab, es handele sich um »aggres-

70 Rote Hilfe 1972, Müller-Kantzenbach-Bände; Hans-Litten-Archiv Göttingen, Sammlung Mohr.

71 Hemmerling, Protestaktionen.

72 Kopp, Aktionskreis, S. 116 ff., 146 f.

sive«, teils »schwachsinnige« Personen, darunter ein Wortführer, der sich besser disziplinieren solle.⁷³ Die Aktion bildet, ähnlich wie die Beschwerden in Wittenau um 1950 oder die ersten Zusammenkünfte des späteren Aktionskreises 71, ein fast idealtypisches Beispiel von kollektiver Selbstvertretung einer intramuralen sozialen Gruppe von Psychiatriebetroffenen. Im nächsten Abschnitt wird dieser Blick in die Quellen noch mit individuellen und fremdadvokatorischen Initiativen ergänzt.

Rechtsprechung und investigativer Journalismus

Auch in den 1960er Jahren waren noch Klagen und Petitionen von NS-Opfern anhängig. Zudem setzten sich die medicolegalen Debatten um Grundrechte und Freiheitsentziehung fort. Ein vielzitiertes Urteil des Bundesgerichtshofs erkannte 1961 die Festsetzung von Maria K. in Berlin-Wittenau als eine ärztliche Amtspflichtverletzung: »Die Erfahrung hat gezeigt, daß Heilanstalten immer wieder zur Festhaltung angeblich geisteskranker oder für die Öffentlichkeit lästiger Personen mit Hilfe getäuschter oder ihre ärztlichen Pflichten verkennender Ärzte mißbraucht werden. Dieser Gefahr kann nur mit einer von außen kommenden Kontrolle begegnet werden.«⁷⁴ Fehlende Kontrollinstanzen belegten auch zwei weitere sich jahrelang hinziehende juristische Auseinandersetzungen. Dies betrifft zum einen Günter Weigand, der 1961 nach hartnäckigen, aber inhaltlich fehlgehenden privaten Ermittlungen zum Tod des Rechtsanwalts Paul Blomert in Münster wegen mehrfacher Beleidigung und Verleumdung von Staatsbediensteten ins Visier der Staatsanwaltschaft geriet. Weigand wurde 1964 auf der Flucht verhaftet, sechs Wochen in die Psychiatrische und Neurologische Klinik der Freien Universität Berlin eingewiesen, dort von dem ärztlichen Direktor Helmut Selbach mit der Diagnose »psychopathische progressive Querulanz« begutachtet und anschließend als »gemeingefährlich« zur Sicherungsverwahrung in die Eickelborner Forensik gebracht. Das Landgericht Münster verurteilte ihn im Strafverfahren am 25. April 1965 zu zwei Jahren Freiheitsstrafe. Nach Verbüßung ging er in allen Instanzen gegen Selbach vor und bekam 1978 vom Bundesverfassungsgericht das Recht zugesprochen, Schadenersatz und Schmerzensgeld aufgrund von »Falschbegutachtung«

⁷³ Nach Sparing, Verwahrung, S. 249 f.; dort zu weiteren Beschwerden: S. 248–260.

⁷⁴ BGH, Urteil vom 24. April 1961 – III ZR 45/60, S. 9 f.

einzuklagen – was gelang und zur Neufassung der Sachverständigenhaftung im Bürgerlichen Gesetzbuch (Paragraf 839a) ab 2002 führte.⁷⁵

Zum anderen ging 1964 das Schicksal des promovierten Juristen Imre Müller durch die Presse, der im Juni nach heftigen Konflikten am Arbeitsplatz in das Landeskrankenhaus Viersen-Süchteln zwangseingewiesen und dort als »schizophren« behandelt wurde. Auf der Männer-Unruhigenabteilung erlitt er, offensichtlich nach Misshandlungen von zwei Pflegern, eine irreversible Querschnittslähmung.⁷⁶ Beide Beschuldigten wurden im Strafverfahren freigesprochen. Frank Sparing kommentiert diesen Fall als Wendepunkt in der öffentlichen Wahrnehmung, der »erstmal in der Geschichte der Bundesrepublik kurzzeitig auf Patientenmisshandlungen in den Anstalten« aufmerksam gemacht habe.⁷⁷ Müller erreichte 1967 auf dem Rechtsweg die Rücknahme der amtsärztlichen Begründung seiner Zwangseinweisung und erhielt 1970 kurz vor seinem Tod eine hohe Entschädigungssumme samt Rente zugesprochen.⁷⁸ Die Prozesse erforderten erhebliche Ressourcen, Heinrich Böll soll Weigands Anwalt finanziert haben, für Müller fungierte der Remscheider Neurologe Franz Schmidt als Sachverständiger. Schmidt behauptete überdies, er habe Material zu über 200 weiteren Fällen unzulässiger Einweisungen, was ihm 1966 eine berufsgerechtliche Untersuchung der Ärztekammer Nordrhein samt psychiatrischer Begutachtung einbrachte, die zwar zu seinen Gunsten verlief, aber seinen Ruf ruinierte.⁷⁹

Gegen Ende der 1960er Jahre wurde der Enthüllungsjournalismus neben dem fachpolitischen Lobbyismus zum wirkungsvollsten Mittel der Reformer. Die investigative Zusammenarbeit von Medien mit Betroffenen machte den größten Gefängnissskandal in der Bundesrepublik der 1960er Jahre publik, als mehrere ehemalige Häftlinge schwerste Misshandlungen im Lazarettbau der Kölner Haftanstalt »Klingelpütz« aufdeckten. Im Frühjahr 1965 informierten drei frühere Kalfaktoren den Kölner Journalisten Hans Wüllenweber über grausame Vorfälle auf der »Psychiatrischen Beobachtungsstation«.⁸⁰ Wüllenweber blieb skeptisch angesichts der Aussagen

75 BVG 49, 304, Beschluss vom 11. Oktober 1978. Zu Weigand zuletzt Saß 2010, Exzess. Das DDR-Fernsehen verfilmte den Fall bereits 1965 unter dem Titel *Fünftes Rad am Wagen*.

76 Siehe dazu auch den Beitrag von Viola Balz in diesem Band.

77 Sparing, Verwahrung, S. 246; vgl. Mauz, Zwang.

78 Mauz, verschlagen, S. 101.

79 Arnau, Straf-Unrechtspflege, S. 215 f.; Blüchel, Magier, S. 157 f.

80 Wüllenweber, Knüppel.



Abb. 2: Gefängnis »Klingelpütz« Köln, Oktober 1963, mit Lazarettbau links.

Quelle: Rheinisches Bildarchiv Köln.

»Vorbestrafter«, recherchierte acht Monate und erkannte: »Bei stetiger Ausweitung des Informantenkreises ergaben sich immer härtere Vorwürfe.«⁸¹ Bisher sei es nicht gelungen, »die Mauern des Tabus zu durchbrechen«, vielmehr seien Beschwerden unterdrückt und als angeblich »falsche Anschuldigungen« angezeigt und richterlich bestraft worden. Ab November 1965 publizierte Wüllenweber im Kölner *EXPRESS* elf Artikel, zahlreiche Zuschriften bestätigten das Geschehen. Nach offizieller Untersuchung umfassten die Vorwürfe drei Todesfälle sowie Misshandlungen durch Beamte und Mitgefangene mit Fäusten, Knüppeln, Schlüsseln, Zwangsbädern, Isolierungen, Injektionen und Elektroschocks.⁸² Im April 1966 wurde der Anstaltsleiter suspendiert, im November erhielten vier Beamte mehrmonatige Haftstrafen, Anfang 1967 verlor der Kölner Generalstaatsanwalt sein Amt. Die verantwortlichen Ärzte wurden im Dezember 1969 zu Geldstrafen verurteilt. Der repressive Umgang mit Beschwerden war zweifellos das wichtigste Motiv der initialen Informantengruppe, um die Öffentlichkeit einzuschalten.

1969 erschienen dann sowohl Frank Fischers durchschlagende Reportage *Irrenhäuser. Kranke klagen an* als auch Günter Wallraffs Kapitel »Als Alkoholiker im Irrenhaus« in seinem Band *13 unerwünschte Reportagen*.⁸³ Fischer hatte sich ab Juni 1967 als Hilfspfleger in fünf verschiedenen Anstalten anstellen lassen und auch zwei britische Kliniken besucht. Wallraff gab sich im Landeskrankenhaus Riedstadt als Patient und freiwillig aufzunehmender Alkoholiker aus. Fischer adaptierte Erving Goffmans wegweisende soziologische Studie *Asylums* von 1961 und argumentierte aus teilnehmender Distanz,⁸⁴ Wallraff erlebte mehr Nähe, intime Einblicke in nächtliche Wachsäle, Gespräche über Wünsche oder enttäuschte Hoffnungen – und letzte Lebenszeichen von im Anstaltsbett Sterbenden.

Selbstzeugnisse und Kunst

Reportagen konnten nicht die authentische Perspektive ersetzen, die Ursula Herold-Weiss 1971 einführte. Die Dolmetscherin veröffentlichte unter dem

81 Ders., *Klingelpütz-Affäre*, S. 123.

82 Landtag NRW, Bericht, S. 36–40; Wüllenweber, *Klingelpütz-Affäre*.

83 Fischer, *Irrenhäuser*; Wallraff, *Reportagen*.

84 Goffman, *Asylums*.

Pseudonym Ulla Urta die Broschüre *Wenn dir ein Ziegelstein auf den Kopf fällt* über ihre Psychiatrieerfahrungen zwischen 1954 und 1970.⁸⁵ Sie forderte die Abschaffung von Zwang in den Anstalten sowie den Aufbau von »Offenen Häusern«, »Wohnheimen« und »Selbsthilfeorganisationen der Gemütskranken in den Anstalten«. Herausgegeben von Tübinger Studierenden auf Anregung von Asmus Finzen und versehen mit einer Liste von 113 »autobiographischen Schriften ehemaliger psychiatrischer Patienten«, ⁸⁶ stand das Dokument direkt im reformpolitischen Kontext. Herold-Weiss hatte bereits 1965 und 1968 erfolglose Petitionen verfasst und wandte sich deshalb im Januar 1970 an alle 520 Mitglieder des Bundestages. Politik und Medien reagierten abwartend, die Position der Autorin schien zu radikal und laienhaft für Lobbyarbeit zu sein. Als diese wohl bedeutendste Einzelaktivistin ihrer Zeit Mitglied der im Januar 1971 gegründeten, prominent besetzten Aktion Psychisch Kranke werden wollte, wurde ihr Aufnahmeantrag abgelehnt, da eine Ausdehnung auf »andere Personengruppen« als »Politiker und Psychiater« nicht beabsichtigt sei.⁸⁷ Herold-Weiss urteilte scharf: »Wie unsinnig sind die hohen Arzneigaben und die Elektroschocks! Das sind wahrhaftig die Folterungen unseres 20. Jahrhunderts: Es geht alles so elegant im weißen Kittel und mit sterilen Spritzen vor sich. Die Ärzte sind nichts weiter als wandelnde Apotheken, die eine Unmenge von Arznei verordnen, ohne sich von den Klagen über organische Nebenwirkungen beeinflussen zu lassen.«⁸⁸ Sie verstand sich als Christin, ihre religiöse subjektive Krankheitstheorie und die Unterstützung aktiver Sterbehilfe veranlassten die Herausgebenden zu Distanzierungen, dennoch ließ Finzen den Text 1973 leicht erweitert nochmals erscheinen.⁸⁹

Weitere, später publizierte Selbstberichte von Psychiatriebetroffenen zeugen weniger von solidarischer Selbstvertretung, sondern von Bedingungen, die diese verhinderten. Charlotte Dürr und Rainer Spiss dokumentierten 1980 die Anstaltskarriere von Ulrike K. aus den 1960er und 1970er Jahren. Gefragt, ob sie einmal versucht habe, »zusammenhalt unter den patienten

⁸⁵ Urta, *Ziegelstein*.

⁸⁶ Ebd., S. 59–63. Diese Liste stammte großenteils von dem britischen Sozialpsychiater Douglas Bennet, der mit den Tübingern kooperierte. Sie war zu dieser Zeit ein Novum im deutschsprachigen Raum und dokumentiert sowohl ein typisches Mittel des sozialpsychiatrischen Empowerments als auch die klassische selbstadvokatorische Funktion dieser Literatur.

⁸⁷ Finzen, *Hospitalisierungsschäden*, S. 168.

⁸⁸ Urta, *Ziegelstein*, S. 25.

⁸⁹ Finzen, *Hospitalisierungsschäden*, S. 114–175.

zu schaffen«, erwiderte sie: »ich habe es versucht, aber die meisten sind so eingeschüchtert, daß sie nichts sagen. und zwar durch die aggressionen, denn wenn sie etwas sagen, bekommen sie es wieder zu spüren. ich hab es ja schon oft am eigenen leib erfahren. wenn ich etwas gesagt habe, dann habe ich sicher etwas aufgebrummt bekommen. viele vom personal sind ja gar nicht fähig, dort zu arbeiten.«⁹⁰ 1986 nahm Ulrich Kobbé Erinnerungen von Hans-Jürgen Olms in seine Sammlung *Ganz am Rande der Psychiatrie* auf, der »die Anstalt noch aus der finsternen Zeit der 60er Jahre« kannte:

»Ich habe – alles in allem – 30 Jahre gebraucht, um durch diese reichlich ungewöhnliche Kombination von körperlicher und seelischer Erkrankung hindurchzugehen, um dann zum guten Schluss in einem Wohnheim für Geisteskranke auf Lebenszeit verwahrt zu werden und in der Irrenanstalt eine Almosen-Stelle als Hilfsarbeiter in der Anstaltsdruckerei zu finden. [...] Ich werde niemals wieder ein autonomes, bürgerliches Leben führen. Ich habe es verlernt, wie man ein solches Leben führt. Und ich habe Angst davor, vor einem ganz normalen Leben.«⁹¹

Schon zur Kunst zählen die wütenden autobiographischen Gedichte von Heinz-Jürgen Harder. Im Klappentext seines Bands *gedichte aus dem irrenhaus* von 1978 heißt es, der Autor sei seit 1966 »Dauerpatient« mit der Diagnose »Schizophrenie«, habe sich ab 1972 an »Patientenorganisationen« in Lüneburg und Hamburg beteiligt und schreibe seit 1976. Etwa diese Zeilen:

»Sie sagen,
ich wäre wahnsinnig
Sie stecken mich in die Zuchtanstalt.
beruhigen mich mit Zwangsschranken, Kaltwasserkuren
und setzen Ameisen in meine Kopfhaut.«⁹²

Öffentlich sichtbar wurden solche »verrückten Kulturen« bereits mit den ersten Ausstellungen von Werken aus der Heidelberger Sammlung Prinzhorn 1961 und 1963 oder den 1967 gesendeten vier Hörspielen *Patienten* des rheinländischen Schriftstellers Theodor Weißenborn.⁹³ Doch zu weit führen würden hier Bemerkungen über die dichterische Verarbeitung eigener

90 K., *Leben*, S. 40.

91 Olms, *Leben*, S. 61, 69; vgl. Klee, *Irren*, S. 74–85.

92 Harder, *gedichte*, S. 6.

93 Kunsthalle Bern, Bildnerei; Weißenborn, *Empfängnis*.

Psychiatrieaufenthalte von Persönlichkeiten wie Paul Celan oder Ingeborg Bachmann und deren nachgelassene Erinnerungen.⁹⁴

Die in diesem Abschnitt angeführten publizierten Quellen kontextualisieren den Fokus auf selbstadvokatorische soziale Gruppen und sind – wie bereits für die 1950er Jahre gezeigt – Teil einer beachtlichen literarischen Tradition. Gemeinschaftlich-selbstadvokatorisch handelten im Rückblick auf die Jahre 1960–1970 jedenfalls die Informanten im Klingelpützskandal 1965, die Galkhausener Gruppe 1970 und eingeschränkt wohl Teile des Sozialistischen Patientenkollektivs. Für die um 1970 aufkommende sozialrevolutionäre Psychiatriekritik, wie sie das SPK oder die Patientengruppe 41 vertrat, wäre das Etikett »Antipsychiatrie« falsch. Zum einen kommt der bereits 1909 von Psychiatern geprägte Begriff aus dem Kontext der frühen Irrenrechtsbewegung, zum anderen wurde er erst in den 1980er Jahren als Selbstbezeichnung Betroffener eingeführt.⁹⁵

Resümee: Soziale Typen, Beschwerden und Silencing

Methodisch habe ich den Schwerpunkt auf soziale Gruppen Psychiatriebetroffener jenseits von (Selbst-)Organisationen gelegt und in Anlehnung an Kategorien der Disability History zwischen fremdadvokatorischen, hybriden und selbstadvokatorischen Initiativen unterschieden. Die Leitfrage nach selbstadvokatorischen Gruppen förderte neben zahlreichen individuellen und hybriden Initiativen vier solcher Gemeinschaften zutage: die Morphinabhängigen in Berlin-Wittenau (1950), die Eickelborner »Meuterer« (1958), die Kölner Informanten (1965) und die Gruppe in Galkhausen (1970). Ähnlich wie im rheinländischen Galkhausen formierte sich Mitte 1971 eine selbstadvokatorische Gruppe im Hartwood Hospital bei Glasgow als Scottish Union of Mental Patients im Zuge einer schriftlichen Beschwerde mit 27 Beteiligten.⁹⁶ Diese Initiative gilt als erste spätmoderne britische

⁹⁴ Horn, Celan. Ingeborg Bachmann entwarf 1966 nach mehrmaliger Hospitalisierung eine Rede an das ärztliche Personal aus der Perspektive des »Patienten oder Ex-Patienten«, in der sie »mit der gebotenen Kritik« über ihre psychiatrischen Behandlungserfahrungen berichtete; Bachmann, Male, S. 82–92.

⁹⁵ Dazu Brückner, Anti-Psychiatrie; zudem Beyer, Psychiatriekritik.

⁹⁶ Gallagher, Scotland.

Selbstorganisation im psychiatrischen Kontext. Nimmt man den frühen Aktionskreis 71 und die Irrenrechtsbewegung um 1900 hinzu, ließe sich vergleichend ein Idealtyp von eigeninitiativ herausgebildeter, kollektiv-selbstadvokatorischer Interessenartikulation denken.

Daraus ergeben sich als Resultat meiner Problemstellung institutionell ignorierte Beschwerden als zentrales, zeittypisches Handlungsmotiv dieser sozialen Zusammenschlüsse. Methodologisch geht es weder um Häufigkeiten noch Diagnosen, sondern um formale Typen sozialen Handelns. Dies betrifft auch die Beschwerde der Eickelborner »Meuterer« über den Anstaltsarzt 1958. Allerdings stellt sich die Frage, inwiefern Gewalt mit einer Ethik der Selbstvertretung vereinbar ist, etwa die schweren Verletzungen, die einem Pfleger während eines kollektiven Ausbruchs von drei Untergebrachten aus der Forensik der Landes-Nervenklinik Andernach 1961 zugefügt worden sind.⁹⁷ Aus heutiger Sicht mag es gute Gründe für Flucht und »Meuterei« gegeben haben, dennoch mündeten radikale Ansprüche auf Selbstbestimmung mitunter in Gewalt – wie auch im Sozialistischen Patientenkollektiv. Aufstände oder Fluchtversuche sind bisher kaum psychiatriehistorisch erforscht, ganz im Gegensatz zur gut untersuchten Fluchtwelle Jugendlicher aus geschlossenen Heimen um 1969/70.⁹⁸

Das Panorama der Quellen dokumentiert etliche individuelle und auch einige kollektive Initiativen von Psychiatriebetroffenen, die ihrer gesellschaftlichen Exklusion und alltäglichen Benachteiligung entgegentraten. Diese Initiativen sollten bei der Zusammenschau der Akteurs-Netzwerke im Vorfeld der Psychiatrie-Enquête berücksichtigt werden. Dabei enthält der vorliegende Überblick noch zahlreiche Forschungsdesiderate, etwa zu den Verbänden der Zwangssterilisierten, zu den parlamentarischen Petitionen, zum Vergleich der persönlichen Dokumente oder auch zur Lage in der DDR. Um ein möglichst umfassendes Bild zu zeichnen und zugleich den historiographischen Blick »von unten« weiterzuführen, bieten sich sowohl eine konsequente Triangulierung der Perspektiven an (Betroffene, Angehörige, Professionelle) als auch komparative Studien.

Dafür sollte die Forschung nicht nur erstens die Perspektive der Professionellen und Angehörigen miteinbeziehen, sondern ihren Blick auf alle Behandelten ausweiten, also neben den Protestierenden und jenen, deren

97 Urteil des BGH vom 7. Januar 1964 – 1 StR 503/63, 12 u. 17.

98 Schölzel-Klamp/Köhler-Saretzki, Heimkampagne; vgl. auch Steinacker, Marterhöhlen, sowie psychiatriehistorisch: Wernli, Dreikant; Schwamm, Protestmännlichkeit.

Stimmen fehlen, auch diejenigen thematisieren, die sich adäquat behandelt fühlten. Trotz der Redaktionen von Anstaltszeitingen, der Entstehung des Aktionskreises 71 auf einer Psychotherapiestation und anderer hybrider medikaler Gemeinschaften überwiegen allerdings im hier untersuchten Material Zeugnisse des Protestes. Er richtete sich gegen institutionelles »Silencing«, gegen Stigmatisierung, therapeutische Ignoranz, Gewalt, Hospitalismus und dauerhafte, teils überdosierte Polypharmazie.⁹⁹ Diese Quellen sprechen möglicherweise stellvertretend für die »sehr große Anzahl« Betroffener, die laut Enquête-Kommission »in den stationären Einrichtungen« unter »elenden, zum Teil als menschenunwürdig zu bezeichnenden Umständen« lebten.¹⁰⁰

Zweitens könnte die Selbsthilfe in benachbarten Bereichen vergleichend herangezogen werden. Das beste Beispiel ist die psychiatrische Angehörigenselbsthilfe, die ebenso unterentwickelt war wie die Selbstvertretung Betroffener. Ihre Anfänge gehen auf eine 1969 in der Evangelischen Akademie Bad Boll veranstalteten Tagung zurück, die 1970 zur Gründung der Aktionsgemeinschaft Stuttgart der Angehörigen psychisch Kranker führte.¹⁰¹ Besonders aufschlussreich dürften auch Vergleiche mit den Kampagnen und Organisationen im Behinderten-, Sucht- und Heimbereich sein.

Drittens wären internationale und transnationale komparative Studien interessant, um die Besonderheiten der deutschen Entwicklung herauszuarbeiten. Zu denken ist etwa an die Clubhouse-Bewegung, die in den USA nach 1945 aus der hybriden Selbsthilfegruppe We are not alone am New Yorker Rockland-Hospital hervorging.¹⁰² Direkt selbstadvokatorisch handelten die 1970 gegründete Insane Liberation Front in Portland und 1971 die Mental Patient's Liberation Front in Boston.¹⁰³ In Großbritannien startete der National Council for Civil Liberties um 1950 psychiatriekritische Kampagnen.¹⁰⁴ Hybride gegenkulturelle therapeutische Gemeinschaften gab es 1962 bis 1966 in Shenley (Villa 21) und 1965 bis 1970 in London (Kingsley Hall), ab 1972 ent-

99 Zum Konzept »Silencing«: Potter u.a., Voice; aus psychiatriehistorischer Perspektive: Ellis u.a., Voices.

100 Deutscher Bundestag, Zwischenbericht, S. 12.

101 Deger-Erlenmeier, Angehörige, S. 349 f.

102 Karlsson, Clubhouses.

103 Chamberlin, Movement.

104 Crossley, Contesting, S. 80.

standen neue Gruppen nach dem Vorbild der Scottish Union of Mental Patients.

Die internationalen Daten bestätigen einen bereits augenfälligen Befund: die fast schlagartige Konjunktur von Selbsthilfe und Selbstorganisationen ab dem Schlüsseljahr 1970. Sicherlich ist diese Dynamik vor dem Hintergrund der allgemeinen soziokulturellen und politischen Veränderungen Ende der 1960er Jahre, der zunehmenden Protestkultur in der Bundesrepublik und der steigenden Akzeptanz sozialpsychiatrischer Konzepte zu verstehen. Initiativen wie das Sozialistische Patientenkollektiv, die Patientengruppe 41 in Göttingen, der Aktionskreis 71 in Hamburg sowie die Kampagne von Ursula Herold-Weiss sind Indikatoren für das steigende Selbstbewusstsein der Behandelten, für ihren Bedarf an gemeinsamer Selbstverständigung und auch für die Effekte des sozialpsychiatrischen Empowerments. Die Entwicklung der Selbstorganisationen im psychiatrischen Feld ist also stets im Zusammenhang mit strukturellen, politischen und gesamtgesellschaftlichen Prozessen zu sehen. Während selbstadvokatorische Initiativen im Untersuchungszeitraum vorwiegend individuell, verstreut und lokal vorkamen, erfuhren sie in den 1970er und 1980er Jahren eine breitere Resonanz.

Wenn also auch erst die Zeitenwende nach 1970 die allmähliche Vernetzung dieser Initiativen zu spätmodernen »mad cultures« ab ungefähr 1990 ermöglichte, lässt sich abschließend resümieren, dass bereits in der frühen Bundesrepublik neben etlichen individuellen Aktionen einige wenige intra- und extramurale selbstadvokatorische Gruppen Betroffener nachweisbar sind, die sich typischerweise nach ignorierten Beschwerden bildeten. Manche ihrer Forderungen wurden von der Reformpsychiatrie stellvertretend auf die politische Agenda gesetzt. Damit veränderten sich die medikalen Diskurse, zugleich begann der Selbsthilfe-Boom der 1970er Jahre und insofern auch eine neue Phase des Aktivismus, etwa mit Erwin Papes Broschüre *Die westdeutsche Psychiatrische Anstalt als totale Institution* von 1972, mit der Sozialtherapeutischen Gruppe Frankfurt 1976 oder dem ersten Psychiatrie-Beschwerdezentrum in Köln 1977.¹⁰⁵

105 Pape, Anstalt; Brückner, Psychiatrieerfahrene.

Literatur

- Arnau, Frank, *Die Straf-Unrechtspflege in der Bundesrepublik*, München 1967.
- Bachmann, Ingeborg, *Male oscuro. Aufzeichnungen aus der Zeit der Krankheit*, Berlin 2017.
- Bacopoulos-Viau, Alexandra/Fauvel, Aude, »The Patient's Turn. Roy Porter and Psychiatry's Tales, Thirty Years on«, *Medical History*, Jg. 60, H. 1 (2016), S. 1–18.
- Beek, Manfred, *Wahnsinn, Ironie und tiefere Bedeutung*, Leverkusen 1966.
- Benzenhöfer, Udo/Ackermann, Hans, *Die Zahl der Verfahren und der Sterilisationen nach dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses*, Berlin 2015.
- Beresford, Peter/Russo, Jasna (Hg.), *The Routledge International Handbook of Mad Studies*, Abingdon/New York 2021.
- Bernet, Brigitta, *Schizophrenie. Entstehung und Entwicklung eines psychiatrischen Krankheitsbildes um 1900*, Zürich 2013.
- Beyer, Christof, »Radikale Psychiatriekritik und die Transformation des Anstaltswesens in der Bundesrepublik«, in: Winfried Rudloff/Franz-Werner Kersting/Marc von Miquel/Malte Thießen (Hg.), *Ende der Anstalten? Großeinrichtungen, Debatten und Deinstitutionalisierung seit den 1970er Jahren*, Paderborn 2022, S. 155–173.
- Blüchel, Kurt, *Die weissen Magier. Das Milliardengeschäft mit der Krankheit*, Frankfurt/M. 1976.
- Borck, Cornelius/Schäfer, Armin (Hg.), *Das psychiatrische Aufschreibesystem*, Paderborn 2015.
- Brink, Cornelia, »Psychiatrie und Politik. Zum Sozialistischen Patientenkollektiv in Heidelberg«, in: Klaus Weinbauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt/M. 2006, S. 134–153.
- *Grenzen der Anstalt. Psychiatrie und Gesellschaft in Deutschland 1860–1980*, Göttingen 2010.
- Brown, Phil/Morello-Frosch, Rachel/Zavestoski, Stephen/Senier, Laura/Gasior Altman, Rebecca/Hoover, Elizabeth/McCormick, Sabrina/Mayer, Brian/Adams, Chrystal, »Health Social Movements: Advancing Traditional Medical Sociology Concepts«, in: Bernice A. Pescosolido/Jack K. Martin/Jane D. McLeod/Anne Rogers (Hg.), *Handbook of the Sociology of Health, Illness, and Healing. A Blueprint for the 21st Century*, New York 2011, S. 117–137.
- Brückner, Burkhard, *Delirium und Wahn. Geschichte, Selbsterzeugnisse und Theorien von der Antike bis 1900*, 2 Bde., Hürtgenwald 2007.
- »Nichts über uns ohne uns!« Psychiatrieerfahrene im Prozess der deutschen Psychiatriereform, 1970–1990«, in: Jürgen Armbruster/Anja Dieterich/Daphne Hahn/Katharina Ratzke (Hg.), *40 Jahre Psychiatrie Enquete – Blick zurück nach vorn*, Köln 2015, S. 138–147.
- /Röske, Thomas/Rotzoll, Maike/Müller, Thomas, »Geschichte der Psychiatrie »von unten«. Entwicklung und Stand der deutschsprachigen Forschung«, *Medizinhistorisches Journal*, Jg. 54, H. 4 (2019), S. 347–376.

- Brückner, Burkhard, »Bewegung der Psychiatrieerfahrenen (c/s/x-movement)«, in: Susanne Hartwig (Hg.), *Behinderung. Kulturwissenschaftliches Handbuch*, Stuttgart 2020, S. 205–209.
- »Lunatics' Rights Activism in the United Kingdom and the German Empire, 1870–1920: a European perspective«, in: Anne Hanley/Jessica Meyer (Hg.), *Patient Voices in Britain, 1840–1948*, Manchester 2021, S. 91–124.
 - /Kersting, Franz-Werner (Hg.), *Eine vergessene Geschichte – Psychiatrische Sozialarbeit in Deutschland. Berichte, Dokumente und Analysen aus der Bundesrepublik und der DDR, 1960–1990*, Mönchengladbach 2021.
- Brückner, Burkhard, »Schlammströme, in denen man uns ersäufen möchte« – Zur Genese des Begriffs »Anti-Psychiatrie« im frühen 20. Jahrhundert«, *Sozialpsychiatrische Informationen*, Jg. 52, H. 2 (2022), S. 6–10.
- Brüggemann, Rolf (Hg.), *Seelenpresse. Patientenzeitung in der Psychiatrie*, München 1988.
- Chamberlin, Judi, »The ex-patients' movement: Where we've been and where we're going«, *The Journal of Mind and Behavior*, Jg. 11, H. 3/4 (1990), S. 323–336.
- Crossley, Nick, *Contesting Psychiatry. Social Movements in Mental Health*, London/New York 2006.
- Deger-Erlenmaier, Heinz, »Angehörige psychisch Kranker auf dem Weg zur Selbsthilfe«, in: Achim Thom/Erich Wulff (Hg.), *Psychiatrie im Wandel*, Bonn 1990, S. 349–356.
- Deutscher Bundestag, *Zwischenbericht der Sachverständigenkommission zur Erarbeitung der Enquête über die Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1973.
- *Bericht über die Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland: Zur psychiatrischen und psychotherapeutisch/psychosomatischen Versorgung der Bevölkerung*, Bonn 1975.
- Dörre, Steffen, *Zwischen »Euthanasie« und Anstaltsreform. Die psychiatrischen Fachgesellschaften im geteilten Deutschland*, Berlin/Heidelberg 2021.
- Ellis, Robert/Kendal, Sarah/Taylor, Steven J. (Hg.), *Voices in the History of Madness. Personal and Professional Perspectives on Mental Health and Illness*, Cham 2021.
- F., Lisa, »Und noch ein Vorwort«, in: Helmut Späte/Klaus-Rüdiger Otto, *Irre irren nicht*, Leipzig 2010, S. 16–18.
- Fangerau, Heiner/Dreier-Horning, Anke/Hess, Volker/Laudien, Karsten/Rotzoll, Maike (Hg.), *Leid und Unrecht. Kinder und Jugendliche in Behindertenhilfe und Psychiatrie der BRD und DDR 1949 bis 1990*, Köln 2021.
- Finzen, Asmus, *Hospitalisierungsschäden in psychiatrischen Krankenhäusern*, München 1974.
- Fischer, Frank, *Irrenhäuser. Kranke klagen an*, München 1969.
- Freundeskreis Paul Wulf (Hg.), *Lebensunwert? Paul Wulf und Paul Brune. NS-Psychiatrie, Zwangssterilisierung und Widerstand*, Nettersheim 2007.
- Gallagher, Mark, »From asylum to action in Scotland: the emergence of the Scottish Union of Mental Patients, 1971–2«, *History of Psychiatry*, Jg. 28, H. 1 (2017), S. 101–114.
- Gerhards, Helene, *Patientenpolitiken. Zur Genealogie eines kollektiven Subjekts*, Bielefeld 2022.
- Gesundheitsamt Leipzig, »Als die Gitterfielen...«. *Das sozialpsychiatrische Reformprojekt in Leipzig*, Leipzig 2007.
- Greithanner, Anna, »Erwartete Enttäuschungen? Zur Geschichte des Sozialistischen Patientenkollektivs Heidelberg (SPK)«, in: Bernhard Gotto/Anna Ullrich (Hg.), *Hoffen*,

- Scheitern, Weiterleben. *Enttäuschung als historische Erfahrung in Deutschland im 20. Jahrhundert*, Berlin/Boston 2021, S. 177–194.
- Goffman, Erving, *Asylums. Essays on the Social Situation of Mental Patients and Other Inmates*, New York 1961.
- Häfner, Heinz, »Wandlungen der deutschen Krankenhauspsychiatrie in fünf Jahrzehnten«, in: Niedersächsisches LKH Hildesheim (Hg.), *175 Jahre Landeskrankenhaus Hildesheim 1827–2002*, Hildesheim 2002, S. 17–28.
- Hamm, Margrit (Hg.), *Ausgegrenzt! Warum? Zwangssterilisierte und Geschädigte der NS-»Euthanasie« in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 2017.
- Harder, Hans-Jürgen, *gedichte aus dem irrenhaus*, Berlin 1978.
- Harding, Sandra (Hg.), *The Feminist Standpoint Theory Reader. Intellectual and Political Controversies*, New York/London 2004.
- Hemmerling, Jutta, *Protestaktionen gegen Missstände in der Psychiatrie am Beispiel des Vereins Sozialistische Selbsthilfe Köln in den 1970er und 1980er Jahren*, Göttingen 2019.
- Hemprich, Rolf Dieter/Kisker, Karl Peter, »Die Herren der Klinik und ihre Patienten«, *Der Nervenarzt*, Jg. 39, H. 10 (1968), S. 433–441.
- Hoffman, Beatrix/Tomes, Nancy/Grob, Rahel/Schlesinger, Mark (Hg.), *Patients as Policy Actors*, New Brunswick 2011.
- Hoffstadt, Anke, *Gehörlosigkeit als »Behinderung«*. *Menschen in den Gehörlosenschulen des Landschaftsverbandes Rheinland nach 1945*, Berlin 2018.
- Honneth, Axel, *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt/M. 1992.
- Horn, Peter, *Die Garne der Fischer der Irrsee. Zur Lyrik von Paul Celan*, Bielefeld 2001.
- Hunt, Judy, *No limits. The disabled people's movement – a radical history*, Manchester 2019.
- Jungnickel, [ohne Vorname], »Erfahrungen der Kriminalpolizei bei der Bekämpfung straffälliger Rauschgiftsüchtiger in Berlin«, in: Bundeskriminalamt (Hg.), *Bekämpfung von Rauschgiftdelikten*, Wiesbaden 1956, S. 89–93.
- K., Ulrike, *Ein Leben in der Anstalt. Unter Mitarbeit von Charlotte Dürr und Rainer Spiss*, Münster 1980.
- Karlsson, Magnus, »Introduction to mental health clubhouses: How the Fountain House clubhouse became an international model«, *International Journal of Self-Help & Self-Care*, Jg. 7, H. 1 (2013), S. 7–18.
- Kersting, Franz-Werner, »Einführung«, in: ders. (Hg.), *Psychiatriereform als Gesellschaftsreform. Die Hypothek des Nationalsozialismus und der Aufbruch der sechziger Jahre*, Paderborn 2003, S. 1–12.
- Klee, Ernst, *Die armen Irren*, Düsseldorf 1972.
- Kopp, Martin, *Der Aktionskreis 71 für Sozialpsychiatrie in Hamburg e.V.*, Diplomarbeit, Psychologisches Institut, Universität Hamburg 1981.
- Kranz, Heinrich/Heinrich, Kurt (Hg.), *Begleitwirkungen und Mißerfolge der psychiatrischen Pharmakotherapie*, Stuttgart 1964.
- Kranz, Heinrich/Petrilowitsch, Nikolaus (Hg.), *Probleme der pharmakopsychiatrischen Kombinations- und Langzeitbehandlung*, Basel 1966.

- Kritsotaki, Despo/Long, Vicky/Smith, Matthew (Hg.), *Deinstitutionalisation and After. Post-War Psychiatry in the Western World*, Cham 2016.
- Kühl, Stefan, »Gruppe – Eine systemtheoretische Bestimmung«, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 73, H. 1 (2021), S. 25–58.
- Kunsthalle Bern, *Bildnerei der Geisteskranken – L'Art brut – Insania pingens*, Bern 1963.
- Landtag Nordrhein-Westfalen, *Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Vorkommnisse in den Strafgefängnissen und der Untersuchungshaftanstalt Köln – »Klingelpütz«*, (Drucksache Nr. 690), Düsseldorf 1968.
- Lingelbach, Gabriele/Schlund, Sebastian, »Disability History«, Docupedia-Zeitgeschichte, 8.7.2014, https://docupedia.de/zg/lingelbach_schlund_disability_history_v1_de_2014, Zugriff: 15.7. 2022.
- Majerus, Benoît/Verstraete, Pieter, *Dis/order and dis/ability. Medical histories of Belgium*, Manchester 2021.
- Marcotty, Thomas, *Begegnung mit dem Wahn. Schizophrenie, Erlebnisse und Berichte*, München 1965.
- Mauz, Gerhard, »Sanfter Zwang im Interesse des Kranken«, *DER SPIEGEL*, Jg. 22, H. 44 [27.10.] (1968), S. 72–75.
- »Er blickte verschlagen«, *DER SPIEGEL*, Jg. 50, H. 12 [18.3.] (1996), S. 97–103.
- Morrison, Linda, *Talking Back to Psychiatry. The Psychiatric Consumer/Survivor/Ex-patient Movement*, London 2013.
- Närger, Heribald, »Briefgeheimnis auch für Geisteskranke?«, *Recht und Freiheit – Monatschrift des Deutschen Bundes für Bürgerrechte*, Jg. 3, H. 8 (1951), S. 120–121.
- Noack, Thorsten, *Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht des Patienten. Juristische Entscheidungen, Politik und ärztliche Positionen 1890–1960*, Frankfurt/M. 2004.
- »Über Kaninchen und Giftschlangen – Psychiatrie und Öffentlichkeit in der frühen Bundesrepublik Deutschland«, in: Heiner Fangerau/Karen Nolte (Hg.), »Moderne« *Anstaltspsychiatrie im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2006, S. 311–440.
- »Zur Einführung«, in: Frank Sparing, *Zwischen Verwahrung und Therapie*, Berlin 2018, S. 9–20.
- Olms, Hans-Jürgen, »Das Leben verlernt«, in: Ulrich Kobbé (Hg.), *Ganz am Rande der Psychiatrie*, Bonn 1986, S. 61–72.
- Panse, Friedrich, *Das psychiatrische Krankenhauswesen*, Stuttgart 1964.
- Pape, Erwin, *Die westdeutsche Psychiatrische Anstalt als totale Institution*, Hamburg 1972.
- Potter, Nancy Nyquist, »Voice, silencing, and listening well: Socially located patients, oppressive structures, and an invitation to shift the epistemic terrain«, in: Robyn Bluhm/Şerife Tekin (Hg.), *The Bloomsbury Companion to Philosophy of Psychiatry*, London/New York 2019, S. 305–324.
- Preuß, Eva/Spann, Paul, *...und dann bin ich weggekommen... Paul Spann – Skizze eines Lebens*, Berlin 1989.
- Pross, Christian, *Wir wollten ins Verderben rennen. Die Geschichte des Sozialistischen Patientenkollektivs Heidelberg 1970–1971*, Köln 2016.
- Rashed, Mohammed, *Madness and the Demand for Recognition*, Oxford 2019.

- Reaume, Geoffrey, »The Place of Mad People and Disabled People in Canadian Historiography: Surveys, Biographies, and Specialized Fields«, *Journal of the Canadian Historical Association / Revue de la Société historique du Canada*, Jg. 28, H. 1 (2017), S. 277–316.
- Reumschüssel-Wienert, Christian, *Psychiatriereform in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Chronik der Sozialpsychiatrie und ihres Verbandes – der DGSP*, Bielefeld 2021.
- Röske, Thomas, *Ein Ausbruch in Kreativität. Erich Spießbach, »der dreifach diplomierte Idiot«*, Heidelberg 2021.
- Rosbach, Ralf, *Abschied von der »Totalen Institution«. Zur Entwicklung der Psychiatrie in Reichenau (Baden) und Münsterlingen (Thurgau) von 1945 bis 1966*, Zwiefalten 2019.
- Rudloff, Winfried, »Akteurssysteme, organisierte Betroffeneninteressen und sozialpolitische Innovationspfade – Modelle aus der Behindertenpolitik«, in: Ulrich Becker/Hans Günter Hockerts/Klaus Tenfelde (Hg.), *Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart*, Bonn 2010, S. 141–162.
- /Kersting, Franz-Werner/Miquel, Marc von/Thießen, Malte (Hg.), *Ende der Anstalten? Großeinrichtungen, Debatten und Deinstitutionalisierung seit den 1970er Jahren*, Paderborn 2022.
- Saß, Henning, »Der Exzess einer Tugend – Querulanz zwischen Persönlichkeit, Strukturverformung und Wahn«, *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie*, Jg. 4, H. 4 (2010), S. 223–232.
- Schölzel-Klamp, Marita/Köhler-Saretzki, Thomas, *Das blinde Auge des Staates. Die Heimkampagne von 1969 und die Forderungen der ehemaligen Heimkinder*, Bad Heilbrunn 2010.
- Schulte, Walter, *Klinik der »Anstalts«-Psychiatrie*, Stuttgart 1962.
- Schwamm, Christoph, »Sollte sich die Einstellung des Personals gegenüber den Patienten nicht ändern, garantiere ich für nichts mehr!«: Protestmännlichkeit und Krankheitsbewältigung von »aufsässigen Patienten« der Psychiatrischen Universitätsklinik Heidelberg am Vorabend der Psychiatriereform«, *Medizinhistorisches Journal*, Jg. 50, H. 1/2 (2015), S. 149–174.
- Söhner, Felicitas/Halling, Thorsten/Becker, Thomas/Fangerau, Heiner, »Auf dem Weg zur Reform: Ein netzwerkanalytischer Blick auf die Akteure im Vorfeld der Psychiatrie-Enquete von 1971«, *Sudhoffs Archiv*, Jg. 102, H. 2, (2018), S. 172–210.
- Söhner, Felicitas, *Psychiatrie-Enquete: mit Zeitzeugen verstehen. Eine Oral History der Psychiatriereform in der BRD*, Köln 2020.
- Sparing, Frank, *Zwischen Verwahrung und Therapie. Psychiatrische Unterbringung und Behandlung im Bereich des Landschaftsverbandes Rheinland von 1945 bis 1970*, Berlin 2018.
- Spießbach, Erich, »Sehr geehrter Herr Hoher Kommissar Dr. Contant«, [Brief 16.2.1952], in: Manfred Beek (Hg.), *Wahnsinn, Ironie, und tiefere Bedeutung*, Leverkusen 1952, [o.S.].
- Spiss, Rainer, *Ein Fall von Schwachsinn. Gewalt der Psychiatrie*, Münster 1981.
- Sozialistisches Patientenkollektiv, *SPK – Aus der Krankheit eine Waffe machen*, München 1972.
- Steinacker, Sven, »»Marterhöhlen der kapitalistischen Republik«. Revolutionäre Politik und subproletarischer Protest in der Fürsorgeerziehung der Weimarer Republik«, *WK*, Jg. 42, H. 4, S. 4–39.
- Stoll, Jan, *Behinderte Anerkennung? Interessenorganisationen von Menschen mit Behinderungen in Westdeutschland seit 1945*, Frankfurt/M. 2017.

- Teirich, Hildebrand, »Patientenklubs in der Privatpraxis. Ein Erfahrungsbericht«, *Acta Psychotherapeutica, Psychosomatica et Orthopaedagogica*, Jg. 7, H. 2/3 (1959), S. 232–239.
- Thoma, Samuel, »Der Mensch ist dazu gemacht, das Menschliche zu ergründen.« Zur konzeptuellen Bedeutung der phänomenologisch-anthropologischen Psychiatrie im Vorfeld der westdeutschen Psychiatriereform«, *Medizinhistorisches Journal*, Jg. 54, H. 3 (2019), S. 209–240.
- Topp, Sascha, *Geschichte als Argument in der Nachkriegsmedizin*, Göttingen 2013.
- Tümmers, Henning, *Anerkennungskämpfe. Die Nachgeschichte der nationalsozialistischen Zwangssterilisationen in der Bundesrepublik*, Göttingen 2011.
- Urta, Ulla, *Wenn dir ein Ziegelstein auf den Kopf fällt*, Tübingen 1971.
- Voigt, Lene, *Fernes Erinnern. Nachgelassenes*, Leipzig 2010.
- Wallraff, Günter, *13 unerwünschte Reportagen*, Köln/Berlin 1969.
- Walmsley, Jan/Central England People First History Project Team, »Telling the history of self-advocacy: A challenge for inclusive research«, *Journal of Applied Research in Intellectual Disabilities*, Jg. 27, H. 1 (2014), S. 34–43.
- Weißborn, Theodor, *Eine befleckte Empfängnis. Erzählungen*, Zürich 1969.
- Weißer, Ansgar, *Psychiatrie, Geschichte, Gesellschaft. Das Beispiel Eickelborn im 20. Jahrhundert*, Köln 2009.
- Wernli, Martina, »Der falsche Dreikant. Nachgemachte Schlüssel in der Psychiatrie um 1900«, *European Journal for Nursing History and Ethics*, Jg. 1, H. 1 (2019), [o.S.].
- Westermann, Stefanie, *Verschwiegenes Leid. Der Umgang mit den NS-Zwangssterilisationen in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 2010.
- Wüllenweber, Hans, »Wie kamen Knüppel aus dem Safe?«, *EXPRESS*, Jg. 3, Nr. 275 [26.11.] (1965), S. 4.
- »Die Klingelpütz-Affäre. Aspekte und Konsequenzen«, in: Dietrich Rollmann (Hg.), *Strafvollzug in Deutschland*, Frankfurt/M. 1967, S. 121–124.
- Zerchin, Sophie, *Auf der Spur des Morgensterns. Psychose als Selbstfindung*, München/Leipzig 1989.
- Zimmer, Dieter E., »Krankenhaus – nicht »Narrenkäfig««, *DIE ZEIT*, Nr. 38 [19.9.] (1958).
- Zürn, Unica, *Der Mann im Jasmin. Dunkler Frühling*, Frankfurt/M. 1987.
- Zutt, Jürg, *Freiheitsverlust und Freiheitsentziehung. Schicksale sogenannter Geisteskranker*, Heidelberg 1970.